

Aufrüstung der NATO-Ostflanke

Die Umstrukturierung der NATO-Politik vor dem Hintergrund von Ukraine-Konflikt und Russland-Krise

von Nathalie Schüler

„Gefährliche Politik am Rande des Abgrunds“ – so betitelt der Londoner Think Tank „European Leadership Network“ (ELN) die Situation zwischen „dem Westen“ und Russland seit der Ukraine-Krise.¹ Für die NATO ist Russland nämlich nicht länger eine Partnerin. Nach der völkerrechtlich umstrittenen „Annexion“ der Krim² sowie der darauf folgenden Krise in der Ukraine haben die Außenminister_innen der NATO-Staaten im April 2014 jede militärische und zivile Kooperation des Bündnisses mit der Russischen Föderation suspendiert.

Ein Merkmal dieses veränderten Beziehungsumfelds ist die Zunahme von direkten militärischen Begegnungen und Beinahe-Zusammenstößen zwischen Streitkräften der NATO und Russlands sowie jener aus Schweden und Finnland. Von März 2014 bis März 2015 zählte das European Leadership Network 66 solcher Zwischenfälle, darunter drei, die als „hoch riskant“ eingestuft wurden.³ Die Gesamtzahl der Vorfälle ist aber weitaus höher: So berichtete die NATO über 400 Kontakte mit russischen Flugzeugen im Jahr 2014, vier Mal mehr als 2013, und Russland über doppelt so viele Flüge von NATO-Kampflugzeugen 2014 in der Nähe der russischen Grenzen – mehr als 3000 – als 2013.⁴ So wie über alle anderen aktuellen Konfliktlinien der NATO-Russland-Beziehungen auch herrschen jedoch unterschiedliche Meinungen darüber, was geschehen und warum es geschehen ist. Wenig umstritten ist allerdings, dass beide Seiten ihre militärischen Aktivitäten deutlich gesteigert haben und sich die jeweiligen Streitkräfte geografisch einander annähern.

Unter anderem solche Einschätzungen unterstreichen die Rolle der Ukraine-Krise als mit Abstand schwerste Krise der westlich-russischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges. Noch in ihrem Strategischen Konzept von 2010 gab sich die transatlantische Allianz drei Kernaufgaben – „Kollektive Verteidigung“, „Krisenbewältigung“ und „Kooperative Sicherheit“⁵, wobei in den vergangenen Jahren die „Krisenbewältigung“ („out-of-area-Einsätze“) dominierte. Heute wird dagegen die „Kollektive Verteidigung“ des Bündnisses und damit vor allem die Ausrichtung auf Russland wieder als vorrangige Aufgabe deklariert. Eine entscheidende Etappe hierbei stellt vor allem das NATO-Gipfeltreffen in Wales im September 2014 dar, auf dem das Bündnis als Reaktion auf die Krise in der Ukraine eine tief greifende militärische Anpassung beschloss: den „Readiness Action Plan“ (RAP). Er bildet den Ausgangspunkt für eine militärische Neuordnung der NATO, die planerisch, logistisch sowie Ausrüstung und Übungen betreffend grundlegende Veränderungen erfordert. Mit dem Argument, dass die NATO-Mitgliedstaaten im östlichen Bündnisgebiet vor einem möglichen russischen Angriff „geschützt“ und „beruhigt“ werden müssen, stößt die NATO derzeit auf eine breite Legitimation ihrer „neuen Aufrüstung“ und rechtfertigt ihre hohe Übungsaktivität sowie eine dauerhafte militärische Präsenz im östlichen Bündnisgebiet. Dies soll in den folgenden Kapiteln ausführlich dargestellt werden.

Das Bündnis stellt all diese Neuerungen als defensive Maßnahmen dar, die noch dazu im Einklang mit der *NATO-Russland-Grundakte* von 1997 stünden. Moskau hingegen wertet diese Maßnahmen als Beleg für einen aggressiven, expansionistischen Charakter der NATO. Dort reagierte man auf die zunehmend angespannten Beziehungen mit „dem Westen“ mit einer neuen Militärdoktrin, die am 25. Dezember 2014 von Präsident Putin unterzeichnet wurde. Sie wurde zwar schon vor der Krise um die Ukraine angeordnet, beschreibt als externe militärische Gefahren aber an oberster Stelle explizit die NATO und implizit die USA. Im Einzelnen werden der „Ausbau des Kräftepotenzials“ des Bündnisses, das „Heranrücken militärischer Infrastruktur“ an die russische Grenze sowie die „Dislozierung militärischer Kontingente ausländischer Staaten“ in den Nachbarstaaten Russlands als Risiken für die Sicherheit Russlands benannt.⁶

Die als „rein defensiv“ bezeichneten Aktionen beider Seiten, die von der jeweils anderen Seite als offensiv interpretiert werden, lassen eine Wiederaufnahme des Dialogs sowie Maßnahmen zur Vertrauensbildung unmöglich erscheinen und überschatten derzeit somit alle Überlegungen, wie die gegenseitigen Beziehungen wieder auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden könnten.⁷

1. „Readiness Action Plan“ der NATO

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten im walisischen Newport am 4. und 5. September 2014 wurde ein Plan für eine erhöhte Einsatzbereitschaft – der „NATO Readiness Action Plan“ (RAP) – verabschiedet. Mit ihm will das Bündnis laut Gipfelerklärung sicherstellen, dass man auf die neuen „sicherheitspolitischen Herausforderungen“ schnell und reaktionsstark zu handeln fähig ist.⁸ Damit will die Allianz nicht nur auf die aktuellen Krisen in Nordafrika, Syrien und im Irak reagieren, sondern vor allem auch auf die Ereignisse in der Ukraine und deren strategische Auswirkungen sowie auf die Forderung der östlichen NATO-Staaten nach mehr „Schutz vor Russland“.⁹ Während viele Jahre lang globale Militärinterventionen im Zentrum standen, ist der RAP nun die signifikanteste Stärkung der „Kollektiven Verteidigung“ innerhalb der NATO seit dem Ende des Kalten Krieges. Ein Briefing Paper des britischen House of Commons bezeichnet den neuen Plan als Spiegel einer fundamentalen Veränderung der „Kräfte-disposition der Zeit nach dem Kalten Krieg“ („post-Cold War force posture“) der NATO zurück zu ihrem früheren Feind - Russland.¹⁰

Der Aktionsplan zur Beschleunigung der Einsatzbereitschaft wurde bereits nach der völkerrechtlich umstrittenen Aufnahme der Krim durch Russland im März 2014 angekündigt. Nach Ausbruch der Ukraine-Krise wurden innerhalb der NATO Zweifel geäußert, ob das Bündnis gegen einen möglichen russischen Angriff auf einen ihrer Mitgliedstaaten ausreichend gerüstet sei. Verteidigungs-

ministerin Ursula von der Leyen betonte zwar im Mai 2014, die NATO könne in der Ukraine-Krise „auf jede Entwicklung angemessen reagieren“¹¹, doch eine interne Bestandsaufnahme argumentierte, die NATO sei im Bündnisfall nach Artikel 5 nur bedingt abwehrbereit.¹² In einem Bericht des NATO-Verteidigungsplanungs-Ausschusses wird erklärt, die europäischen NATO-Partner_innen hätten aus dem Ende des Kalten Krieges den Schluss gezogen, „dass jene Fähigkeiten reduziert werden könnten, die dazu benötigt werden, in konventionellen, großangelegten, hochintensiven Konflikten in Europa zu kämpfen.“ Dem gegenüber sei Russland aber fähig, „kurzfristig und an beliebigem Ort eine militärische Bedrohung von lokaler oder regionaler Größe aufzubauen.“¹³

Dieser Einschätzung folgend wurden die Rufe osteuropäischer Staaten nach einer Aufrüstung der NATO und einer erhöhten militärischen Präsenz an den Grenzen zu Russland zur Gewährleistung der Sicherheitsgarantie nach Artikel 5 lauter. Laut Informationen von Spiegel Online heißt es im Entwurf für eine umfassende NATO-Bestandsaufnahme über deren militärische Stärke, diese Ausgangslage sei „sowohl destabilisierend als auch bedrohlich für jene Alliierten, die eine Grenze mit Russland haben oder in seiner Nachbarschaft leben.“¹⁴ Gemeint sind damit vor allem die drei baltischen Staaten sowie Polen, Rumänien und Bulgarien.

Bei all dem sollte nicht übersehen werden, dass der militärische Aufmarsch an der Ostgrenze an sich bereits eine destabilisierende Wirkung hat und es somit höchst fragwürdig ist, ob diese Provokationen zur Sicherheit der „bedrohten“ Staaten beitragen. Darüber hinaus lassen einige Formulierungen in der Gipfelerklärung von Wales den Schluss zu, dass es nicht „nur“ um die „Kollektive Verteidigung“ der östlichen NATO-Mitglieder geht, wenn es darin heißt, die NATO solle in der Lage sein auf

Herausforderungen zu reagieren, „die insbesondere in der Peripherie der NATO entstehen.“¹⁵ In diesem Zusammenhang „verbessert“ die Erhöhung der Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke auch die Fähigkeit zur Machtprojektion in die angrenzenden Länder außerhalb des Bündnisgebietes, um die es in jüngster Zeit mit Russland zu immer heftigeren Auseinandersetzungen kommt. Auf der Internetseite der Bundeswehr findet sich etwa ein Beitrag, der den Schluss nahelegt, dass die NATO mit ihren militärischen Reaktionen auch darauf abzielt, Einfluss auf die „blockfreien“ Länder zwischen dem Bündnis und Russland nehmen zu können: „Die Fälle Georgien, Krim und Ostukraine haben gezeigt, dass Russland schneller handeln kann als internationale Organisationen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass weitreichende und flexible Fähigkeiten vorgehalten und wo nötig ausgebaut werden.“¹⁶

Schon im Vorfeld des Treffens der 28 Staats- und Regierungschefs im September 2014 wurde die Tonart gegenüber Russland nochmals verschärft. So erklärte der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen: „Wir haben es mit einem dramatisch veränderten Sicherheitsumfeld zu tun.“¹⁷ In der Gipfelerklärung heißt es dann: „Russlands aggressives Vorgehen gegen die Ukraine hat unsere Vision eines ungeteilten, freien und friedlichen Europas grundlegend erschüttert.“¹⁸ Ungeachtet der Tatsache, dass dem Westen eine erhebliche Mitschuld an der Eskalation der Beziehungen zu Russland zukommt, beschränkt man sich im Bündnis also darauf, Moskau die Alleinschuld zuzuschreiben.

Im Wesentlichen wiederholten die westlichen Vertreter_innen bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 ihre Sicht der Dinge, die dort vom russischen Außenminister gekontert wurde, indem er vor allem auf zwei Aspekte abhob: Einmal, dass der Westen auf Expansion setze und nicht bereit sei, Russland an einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen: „Die Welt befindet sich



hier an einem Wendepunkt. [...] Es stellt sich die Frage, ob Sie (der Westen) eine Sicherheitsarchitektur mit, ohne oder gegen Russland errichten wollen.“ Und zum anderen betonte er erneut die russische Sichtweise, was in der Ukraine stattgefunden habe, sei ein „Staatsstreich“ gewesen, für den der Westen maßgeblich mitverantwortlich sei. Die Souveränität des Landes sei demzufolge westlicherseits und nicht durch die russischen Reaktionen verletzt worden: „Zu jedem Zeitpunkt haben die Amerikaner, und unter ihrem Druck auch die EU, Schritte unternommen, um den Konflikt zu eskalieren.“¹⁹

Dennoch werden nun auf der Grundlage der NATO-Bedrohungsanalyse eine Reihe von Aufrüstungsmaßnahmen legitimiert, für die der Readiness Action Plan den wichtigsten Rahmen liefert. Im NATO-Sprech heißt es, der RAP enthalte „ein kohärentes und umfassendes Paket an erforderlichen Maßnahmen zur Reaktion auf die für die Bündnispartner belangreichen Veränderungen des Sicherheitsumfelds an den Grenzen der NATO und darüber hinaus.“ Der Plan werde dazu beitragen sicherzustellen, „dass die NATO ein starkes, einsatzbereites, robustes und reaktionsschnelles Bündnis bleibt, das in der Lage ist die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen, gleich welchen Ursprungs, anzugehen.“²⁰

Der Readiness Action Plan umfasst in seinem Kern zwei Maßnahmenbündel. Die langfristigen „Anpassungsmaßnahmen“ enthalten laut NATO die erforderlichen Bestandteile, um zu gewährleisten, „dass das Bündnis den Herausforderungen im Sicherheitsbereich, denen es gegenüberstehen könnte, in vollem Umfang begegnen kann.“²¹ Hierzu sollen die planerischen, logistischen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass größere Verbände schneller an einen Einsatzort verlegt werden können und dort rascher einsatzfähig sind.²²

Die unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“ beinhalten für das Bündnis eine sofortige Verstärkung der Präsenz der NATO und bedeutende militärische Aktivitäten von Luft-, Land- und Seestreitkräften im östlichen Bündnisgebiet. „Dies sind direkte Resultate des aggressiven Handelns Russlands in der Ukraine“, so heißt es im von der NATO veröffentlichten Fact Sheet zum Plan.²³ Diese Maßnahmen könnten in Reaktion auf Veränderungen der Sicherheitslage flexibel und stufenweise angepasst werden.

Dieser „Ausgangspunkt einer militärischen Neuordnung der Allianz“²⁴ enthält drei zentrale Neuerungen für die NATO-Politik, die es sich im Folgenden genauer zu betrachten lohnt: die Erweiterung der bestehenden NATO Response Force sowie als Kern des Plans die aus ihr hervorgehende Very High Readiness Task Force, die dauerhafte Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke und die massive Erhöhung von NATO-Manövern in ganz Europa.

2. Signal für Osteuropa: Die Speerspitze

2.1 NATO Response Force

Die NATO Response Force ist die schnelle Eingreiftruppe der NATO für weltweite Einsätze. Sie wurde bereits auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 unter dem Aufgabendreiklang „abschrecken, unterbinden und verteidigen“ („to deter, disrupt and defend“) beschlossen und besteht aus einer hoch leistungsfähigen gemeinsa-

men multinationalen Truppe aus Land-, Luft-, See- und Spezialkräften, die dazu fähig ist, in kürzester Zeit auf ein breites Spektrum an Sicherheitsherausforderungen, von „Krisenbewältigung“ bis zu „kollektiver Verteidigung“, zu reagieren. Auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 stimmte die NATO einem erheblichen Ausbau der Response Force zu. Durch ihre Umstrukturierung im Zuge der Verabschiedung des Readiness Action Plans wurde eine massive Erhöhung der Truppenstärke der NRF von den bereits existierenden 13.000 auf zunächst 30.000, später 40.000 Soldat_innen angekündigt. Zusätzlich wird die bestehende NRF durch ein zentrales Element ergänzt: Die Very High Readiness Joint Task Force.²⁵

2.2 Very High Readiness Joint Task Force

Um die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses noch weiter zu steigern, haben die Staats- und Regierungschef_innen des Bündnisses auf dem Gipfel in Wales 2014 die Aufstellung einer NRF-Einheit in höchster Bereitschaft beschlossen: Die „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF), auch „Speerspitze“ genannt, bildet den Kern des Readiness Action Plans und ist das neue Aushängeschild der NRF. Im Februar 2015 einigten sich die Verteidigungsminister_innen der 28 NATO-Staaten auf ein Grobkonzept zur weiteren Ausgestaltung der beim Gipfel in Wales beschlossenen Speerspitze. Der schnelle Einsatzverband soll innerhalb von zwei bis maximal fünf Tagen nach Alarmierung zum Einsatz kommen.²⁶ Im Laufe des Jahres 2016 soll die VJTF voll einsatzbereit sein und dann aus einem etwa 5.000 Soldat_innen starken Landstreitkräftekontingent bestehen, dem dann auch Luftstreitkräfte, Seestreitkräfte und Spezialkräfte zur Verfügung stehen, „die in der Lage sind, sich schnell in Bewegung zu setzen und auf potenzielle Herausforderungen und Bedrohungen zu reagieren.“²⁷ Berücksichtigt man jedoch Rotations- und Ruhezeiten, so dürfte die reale Truppenstärke laut Uli Cremer von der GRÜNEN Friedensinitiative eher in der Größenordnung 15.000 bis 21.000 Soldat_innen liegen.²⁸

Was das künftige Einsatzgebiet der VJTF angeht, so sendet allein die Standortwahl der Logistik- und Koordinierungszentren der superschnellen Eingreiftruppe klare Signale: Die NATO Force Integration Units (NFIU) sind die neuen NATO-Stützpunkte in den östlichen Bündnisländern Estland, Lettland, Litauen sowie Polen, Rumänien und Bulgarien. Jeder der neuen Stützpunkte soll mit rund 40 Kräften besetzt werden.²⁹

Die Führung der neuen Speerspitze soll zwischen sieben Rahmennationen, namentlich Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und der Türkei rotieren. Bis zur ihrer vollständigen Aufstellung im Jahr 2016 wurde eine Art „Übergangs-Speerspitze 2015“ (Interim-VJTF) eingesetzt, die von Deutschland, den Niederlanden und Norwegen geführt und bereits im Juni 2015 als einsatzbereit erklärt wurde.³⁰

2.3 Deutsche Beteiligung

Im Sinne der veränderten deutschen Außenpolitik – Stichwort „Neue Macht Neue Verantwortung“ – durch die Deutschland auch militärisch eine weltpolitische Führungsrolle spielen will, hat sich Deutschland auf dem

NATO-Gipfel in Wales dazu „bereit erklärt“, als Rahmen-nation für die neue schnelle Eingreiftruppe eine führende Rolle zu übernehmen und aus ihren ohnehin für die NRF gemeldeten Verbänden eine Probe-Einheit für die Interims-Speerspitze zu schmieden. Bereits rund 2.700 deutsche Soldat_innen gehörten 2015 zur Immediate Response Force (IRF), dem Kern der Eingreifkräfte vor der endgültigen Aufstellung der VJTF. Hier übernahm das Hauptquartier des I. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster eine Schlüsselrolle, das 2014 von der NATO als Land Component Command zertifiziert wurde, um Landeinheiten der NRF 2015 zu führen. Ebenfalls zertifiziert wurde das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg in Sachsen, das nun mit circa 900 Soldat_innen den Kern der deutschen Heereskräfte bildet und zusammen mit Spezialisten aus anderen Einheiten die Übergangs-Speerspitze formierte.³¹

Laut Verteidigungsministerium hat Deutschland der NATO für 2015 rund 4.000 Soldat_innen aus allen Teilstreitkräften für die NRF gemeldet und war Rahmennation. Im Jahr davor war die Bundeswehr mit etwa 3.000 Soldat_innen an der NRF beteiligt.³² „Deutschland möchte ein verantwortliches NATO-Mitglied sein“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel.³³ Das Land fühle sich verpflichtet, die Solidarität mit den mittel- und osteuropäischen Staaten „nicht nur auf dem Papier zu haben“, sondern auch „zu einem praktischen Einsatz“ zu bringen.³⁴ Hierzu habe Deutschland eine Vielzahl von Verantwortlichkeiten übernommen, wie beispielsweise die Luftraumüberwachung in den baltischen Staaten und das neu aufzubauende Hauptquartier in Stettin.³⁵ Von da aus soll die VJTF im Falle eines Einsatzes oder für Übungen im östlichen Bündnisgebiet zukünftig geführt werden. Dazu werde der Stab des Korps auf insgesamt 400 Soldat_innen, ein Drittel davon Bundeswehrangehörige, anwachsen, so das Deutsche Heer. Außerdem werde sich die Bundeswehr mit ca. 25 Soldat_innen an den sechs logistischen Stützpunkten, den bereits erwähnten NATO Force Integration Units, in den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien beteiligen.³⁶

3. Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke

De facto darf die NATO im östlichen Gebiet der Allianz nicht dauerhaft militärisch präsent sein. Denn in der 1997 von der NATO und Russland unterzeichneten „Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation“ verpflichtet sich das Bündnis, auf eine substanzielle Truppenpräsenz in den neuen östlichen NATO-Mitgliedsländern zu verzichten. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise und des in deren Zeichen stehenden NATO-Gipfels im September 2014 stand die Grundakte nun erstmals wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Im Sommer 2015 gelangten schließlich die Ergebnisse einer Kriegssimulation der RAND Corporation an die Öffentlichkeit, der zufolge die baltischen Staaten im Falle eines russischen Angriffs von der NATO nicht zu verteidigen seien.³⁷ Schon zuvor, insbesondere seit Eskalation der Ukraine-Krise, reklamierten die osteuropäischen NATO-Staaten ein verstärktes Schutzbedürfnis. Obwohl auch Russland seit Ausbruch der Krise eine deutlich kon-

frontativere Haltung gegenüber dem Westen einnimmt, was sich etwa in der neuen Militärdoktrin widerspiegelt, gibt es keine belastbaren Hinweise, dass Moskau einen Angriff auf ein NATO-Mitgliedsland tatsächlich ernsthaft in Erwägung zieht. Dennoch wird die bloße Möglichkeit zum Anlass genommen, umfassende Aufrüstungsmaßnahmen an der NATO-Ostflanke zu legitimieren: „Angesichts der jetzigen Sicherheitslage und der Handlungen Russlands müssen wir unsere Handlungspläne erneuern, um auf eine Aggression gegen die Nato-Alliierten zu reagieren“, wird ein Pentagon-Sprecher zitiert.³⁸

Schon im April 2014 sicherte die NATO ihren östlichen Bündnispartner_innen eine kontinuierliche Luft-, Land- und Seepräsenz und militärische Aktivitäten auf einer rotierenden Basis zu.³⁹ Auch der danach verabschiedete Readiness Action Plan enthält sowohl mit seinen „Anpassungsmaßnahmen“ als auch mit seinen „Rückversicherungmaßnahmen“ den Aufbau einer bedeutenden Militärpräsenz der Allianz im östlichen Bündnisgebiet. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine permanente Stationierung, aber um Streitkräfte, die von den Bündnispartner_innen auf rotierender Basis bereitgestellt werden, um eine kontinuierliche Präsenz zu gewährleisten. Auf Grundlage dieser Argumentation ist die NATO der Ansicht, die Maßnahmen würden keinen Verstoß gegen die NATO-Russland-Grundakte darstellen.

Die wichtigsten Elemente der NATO-Präsenz sind neben den vor allem im östlichen Bündnisgebiet enorm gestiegenen Übungsaktivitäten (Kapitel 4) die bereits angesprochenen sechs neuen Hauptquartiere, die Verlegung mehrerer Bataillone, die gesteigerte Luftraumüberwachung sowie der Ausbau der maritimen Komponente und die Vorwärtspositionierung militärischer Ausrüstung für das bzw. im östlichen Bündnisgebiet.

3.1 NATO Force Integration Units und Bataillone

Die „Anpassungsmaßnahmen“ des RAP gehen unter anderem mit einer Regionalisierung einher. Dazu zählt der Aufbau regionaler Aufnahmestäbe, die so genannten NATO Force Integration Units (NFIUs) in Sofia (Bulgarien), Bydgoszcz (Polen), Bukarest (Rumänien), Tallinn (Estland), Riga (Lettland) und Vilnia (Litauen). Deren Standorte wurden vom Nordatlantikrat beschlossen und folgten laut NATO auf Einladungen der oben genannten Länder sowie deren militärischer Überprüfung durch die NATO. Im Oktober 2015 gab das Bundesministerium für Verteidigung außerdem die Einrichtung zweier weiterer NFIUs in Ungarn und der Slowakei bekannt und erhöhte somit die Zahl solcher Stützpunkte in Osteuropa auf acht.⁴⁰

Die Einheiten wurden entworfen, um gemeinsam mit den Gastgeber_innenstaaten dafür zu sorgen, dass die neue Speerspitze so schnell wie möglich in einer bestimmten Region eingesetzt werden kann sowie um die Vorauseinlagerung von militärischem Material und Gerät zu koordinieren.⁴¹ Sie wurden am 1. September 2015 in Betrieb gesetzt und sind voraussichtlich schon vor dem NATO-Gipfel 2016 in Warschau voll operationsfähig.⁴² In der Gipfelerklärung von Wales heißt es dazu: „Wir werden mit Beiträgen der Bündnispartner auch ein angemessenes Hauptquartier und einige zu allen Zeiten feststehende Unterstützungselemente für Verstärkungskräfte

in den Hoheitsgebieten der östlichen Bündnispartner auf Rotationsbasis schaffen, bei denen der Schwerpunkt auf der Planung und Übung gemeinsamer Verteidigungsszenarien liegt.⁴³

Laut dem von der NATO herausgegebenem Factsheet über die NATO Force Integration Units werden die „kleinen Hauptquartiere“ dabei helfen, die schnelle Entsendung der alliierten Truppen zu erleichtern, die Planung der „kollektiven Verteidigung“ zu unterstützen und bei der Trainings- und Übungscoordination zu helfen. Ausdrücklich heißt es: „Sie sind keine Militärstützpunkte.“⁴⁴

Die NFIUs stellen laut NATO außerdem eine wichtige Verbindung zwischen nationalen Streitkräften und Streitkräften anderer NATO-Verbündeter dar. Zur schnellen Verlegung der VJTF sollen gemeinsam mit den Gastgeber_innenländern Logistiknetzwerke und Transportrouten ermittelt sowie die Infrastruktur unterstützt werden. Dafür sollen in jedem Hauptquartier rund 20 nationale Militärs aus dem jeweiligen Land sowie 20 multinationale Militärs aus den NATO-Staaten auf rotierender Basis stationiert sein.⁴⁵ Deutschland beteiligt sich laut der Stiftung für Wissenschaft und Politik an allen NFIUs.⁴⁶

Auch sollen die regionalen Hauptquartiere mehr Kompetenzen übernehmen, nämlich das im Aufbau befindliche Multinationale Divisionshauptquartier Süd-Ost in Rumänien und das Multinationale Korps-Hauptquartier Nord-Ost (MNK NO), das Deutschland, Polen und Dänemark gemeinsam in Stettin betreiben. Für die Verteidigungsminister_innen der NATO-Staaten haben die neuen Hauptquartiere darüber hinaus den Effekt einer „sichtbaren und ständigen NATO-Präsenz“ an ihrer Ostflanke.⁴⁷ Es ist davon auszugehen, dass so eine Drohkulisse etabliert werden sollte. Um die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses noch weiter zu steigern, erwägt die NATO nach eigenen Angaben derzeit noch weitere Integration Units zu schaffen.⁴⁸

Ferner tauchten im Februar 2016 Berichte auf, denen zufolge die NATO darüber hinaus erwäge, bis zu 6.000 Soldaten in Osteuropa zu stationieren: „Die Nato plant die größte Aufrüstung in Osteuropa seit Ende des Kalten Krieges. Das Bündnis will mehr Truppen und Material aufstellen, um Russland abzuschrecken. [...] Nach Angaben aus Bündniskreisen ist im Gespräch, pro Land bis zu 1000 Bündnissoldaten zu stationieren. Als Standorte sind neben den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen auch Polen, Bulgarien und Rumänien vorgesehen.“⁴⁹ Deutschland will laut weiteren Meldungen mindestens eine Kompanie mit 150 bis 200 Soldaten entsenden, die die Führung beim Aufbau eines Bataillons in Litauen übernehmen sollen.⁵⁰

3.2 Luftraumüberwachung (Air Policing)

Die Verstärkung der NATO-Mission zur militärischen Luftraumüberwachung der baltischen Staaten (NATO Air Policing Baltikum) ist Folge der gestiegenen Präsenz in den östlichen Bündnisstaaten als Teil der unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“. Die NATO-Luftraumüberwachung gilt eigentlich als Mission in Friedenszeiten und soll alle Flugobjekte, die sich dem NATO-Luftraum nähern oder in diesem operieren, erkennen, ihnen folgen und sie identifizieren.

Als die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Jahr 2004 der NATO beitraten, fehlte es ihnen zunächst an den Fähigkeiten zur Luftraumüberwachung und zum Luftraumschutz. Man verständigte sich in der Folge darauf, eine Luftraumüberwachungsmission einzurichten, in welcher verschiedene Bündnispartner_innen die Überwachung und Sicherung des Luftraums mit Luftstreitkräften auf Rotationsbasis übernahmen. Die litauischen, lettischen und estnischen Streitkräfte können seit 2006 zwar durch Zusammenarbeit im Baltic Air Surveillance Network (BALNET) Luftraumüberwachungen



Markenzeichen der neuen VJTF ist ihre ultraschnelle Verlegbarkeit. Quelle: NATO

durchführen, sind jedoch aufgrund fehlender fliegender Waffensysteme nicht in der Lage, Sichtidentifikationen durchzuführen oder die Lufthoheit durch Abfangen oder Abdrängen selbst durchzusetzen.⁵¹ „Als Antwort auf die russischen Aktivitäten“⁵² verstärkte die NATO 2014 nicht nur die Anzahl der patrouillierenden Flugzeuge im baltischen Luftraum, sondern gibt dem Einsatz zusätzlich eine neue Brisanz. Im April 2014 entschied das Bündnis, die baltische Luftraumüberwachung zu verdoppeln, sodass fortan 16 Flugzeuge aus vier Staaten für jeweils viermonatige Einsätze im Einsatz waren.⁵³

Im September 2015 wurde bekannt, dass Deutschland seine in Estland stationierten „Eurofighter“ ab sofort mit voller Kriegsbewaffnung in die Luft schickt. Zur vollständigen Bewaffnung gehören eine scharfe Kanone, Infrarot-Kurzstreckenraketen, ein elektrisches Abwehrsystem und radargesteuerte Mittelstreckenraketen. Gleichzeitig wurde berichtet, dass Russland eine eigene Luftwaffenbasis im Nachbarland Weißrussland aufbauen will. „Nirgendwo sonst kommen sich die Streitkräfte der NATO und Russlands so nah wie hier“, resümierte Spiegel Online. Die Alarmierung der im Baltikum stationierten Kampfflieger sei inzwischen Alltag geworden. Zwischen Januar 2014 und Juni 2015 soll es 365 solcher Einsätze gegeben haben.⁵⁴ Zusätzlich stimmte die NATO im März 2014 dem Beginn einer Luftraumüberwachungs-Mission mit NATO AWACS (Airborne Early Warning and Control Aircraft) über Polen und Rumänien zu. AWACS sind fliegende Radarsysteme, deren Aufgabe die luftgestützte Luftraumaufklärung und -überwachung mit dem Ziel der Früherkennung und Vorwarnung ist.⁵⁵ Auch diese Entscheidung wurde als Antwort auf die Geschehnisse in der Ukraine begründet.

3.3 Maritime Komponente und Ausrüstungsvorverlagerung

Das maritime Element der Response Force wird von vier Standing Maritime Groups⁵⁶ gestellt. Sie bestehen aus Kriegsschiffen, die von NATO-Bündnispartner_innen bereitgestellt werden und für sechs Monate unter dem Kommando der NATO stehen. Als Teil der sofortigen Antwort der NATO auf die Ukraine-Krise stationierte die Allianz die Standing NATO Mine Countermeasures Group 1 (SNMCMG1) im April 2014 in der Ostsee. Die SNMCMGs werden laut dem Briefing Paper des britischen House of Commons in der Ostsee und dem östlichen Mittelmeerraum, das Schwarze Meer eingeschlossen, als Teil der „Rückversicherungsmaßnahmen“ patrouillieren.⁵⁷ Die Standing Maritime Group, welche im Mittelmeer unter der Operation „Active Endeavour“⁵⁸ patrouilliert, wird laut NATO auch maritime Rückversicherungsmaßnahmen durchführen.

Als weitere Aufrüstungsmaßnahme im Osten stimmte die NATO darüber hinaus einer Vorpositionierung von Ausrüstung entlang ihrer östlichen Grenzen zu. Zusammen mit den neuen gemeinsamen Logistikhauptquartieren soll sie zur schnelleren Truppenentsendung beitragen.

4. NATO-Manöver: Üben für den Krieg

Seit Beginn der Ukraine-Krise haben sowohl die NATO als auch Russland zahlreiche Militärmanöver abgehalten.

Laut Spiegel Online gab das russische Verteidigungsministerium für das Jahr 2015 insgesamt 4.000 Übungen an, wobei diese Zahl auch kleinste Bereitschaftsübungen mit einschließen würde und insofern wenig aussagekräftig sei. General Jean-Paul Paloméros, Chef des NATO-Oberkommandos „Transformation“ in Northfolk, kündigte 270 Übungen für das Jahr 2015 „unter dem NATO-Schirm“ an. Die Hälfte davon sei zur Rückversicherung der östlichen Verbündeten. Schon im Jahr 2014 veranstaltete die NATO nach offiziellen Angaben 162 Übungen, rund doppelt so viele wie ursprünglich geplant.⁵⁹

Die zunehmende Manöverdichte ist laut einem Papier des Londoner Think Tanks European Leadership Network (ELN) mit dem sehr dramatischen Namen „Vorbereiten auf das Schlimmste: Machen die Militärübungen von Russland und NATO einen Krieg in Europa wahrscheinlicher?“ Ausdruck eines „neuen und gefährlichen Sicherheitsumfelds in Europa“.⁶⁰ Für die Autor_innen zeigen die jüngsten Manöver, dass beide Seiten mit Blick auf die Fähigkeiten der jeweils anderen Seite, und vermutlich sogar mit Kriegsszenarien im Hinterkopf, trainieren. Man unterstelle keiner Seite eine Kriegsabsicht oder dass ein Krieg unausweichlich sei, aber die Übungsaktivitäten gäben Anlass zur Sorge und trügen mit dazu bei, die durch den Konflikt in der Ukraine entstandenen Spannungen in Europa aufrechtzuerhalten. Das Profil der Übungen habe sich so verändert, dass jede Übung von der Gegenseite als Provokation angesehen werde und eine Dynamik des Misstrauens und der Unberechenbarkeit entstanden sei, so ELN-Direktor Ian Kearns. Beide Seiten würden auf den Abschreckungsfaktor solcher Großmanöver setzen, aber es gebe auch ein Risiko dabei: Die Manöver könnten nämlich die Unsicherheit verstärken und das Risiko für „gefährliche militärische Zusammenstöße“ erhöhen.⁶¹

Auch die „Zusicherungsmaßnahmen“ der NATO-Mitglieder im Zuge des Readiness Action Plans werden vor allem durch eine massive Erhöhung von angekündigten Manövern getragen. In der Gipfelerklärung von Wales wird dazu geschrieben: „Die Reaktionsfähigkeit der Elemente der VJTF wird durch kurzfristig angesetzte Übungen getestet werden.“ Weiter heißt es: „Wir werden ein umfangreiches Übungsprogramm zusammenstellen, das einen größeren Schwerpunkt auf kollektive Verteidigung einschließlich der Übung von Maßnahmen zur umfassenden Reaktion auf komplexe zivil-militärische Szenarien legt.“⁶²

Obwohl damit schon allein die Gefahr unbeabsichtigter Zusammenstöße massiv steigt, beteiligte sich auch die Bundeswehr im Jahr 2015 mit rund 154.000 Soldat_innen an internationalen Truppenübungen sowie an internationalen Stabsübungen und computergestützten Übungen.⁶³ Laut Angaben des Bundeswehr-Journals sind das zwar gut 6.400 Bundeswehrangehörige weniger als 2014, jedoch mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2013.⁶⁴ Im Sinne des Readiness Action Plans werden 2015 sollen sich mehr als 4400 Bundeswehrangehörige an 16 Manövern in den baltischen Staaten und in Polen beteiligt haben. Außerdem habe die Bundeswehr für diese Übungen im östlichen Bündnisgebiet, die im Zusammenhang mit dem Maßnahmenbündel zur Erhöhung der NATO-Einsatzbereitschaft stehen, insgesamt rund 21 Millionen Euro mehr eingeplant.⁶⁵ Speziell für die Speerspitze habe die Bundeswehr für das Jahr 2015 insgesamt gut

4,5 Millionen Euro eingeplant.⁶⁶ Insgesamt hat die Bundesregierung unter explizitem Verweis auf Russland eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets der Bundesrepublik um 6,2%, also um einen zusätzlichen Betrag von 8 Mrd. Euro, bis 2019 genehmigt. Im Jahr 2016 stiegen die deutschen Verteidigungsausgaben somit um 1,2 Mrd. auf insgesamt 34,2 Mrd. Euro ansteigen.⁶⁷

Zusammengefasst leistet Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur neuen schnellen Eingreiftruppe, zum Hauptquartier in Stettin, bei der Mitwirkung bei der Rückversicherung und mit Blick auf zusätzliches Personal für die NATO: In ihrer Gesamtheit erweist sich Deutschland als „Rückgrat für die erfolgreiche Umsetzung der Wales-Beschlüsse“, schreibt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Ohne deutsche Beteiligung wäre sie kaum möglich.“⁶⁸ Selten sind zu diesem Engagement in den deutschen Medien leider kritische Kommentare wie dieser zu lesen, dem voll beizupflichten ist: „Ausgerechnet die Bundeswehr. So überlastet – wie gebetsmühlenartig behauptet – scheint die Truppe dann ja doch nicht zu sein, wenn sie sich nun nicht nur an dem Nato-Bataillon in Osteuropa beteiligen will, sondern dort sogar eine Führungsrolle anpeilt. [...] Wenn Berlin schon unbedingt führen will – wie wäre es, stattdessen lieber bei der Deeskalation des leichtfertig geschürten Beinahe-Konflikts voranzugehen? An dessen Auslöser, der Ukraine-Krise, zeigt sich, was passiert, wenn mehr Wert auf militaristisches Geplänkel als auf nachhaltige Diplomatie gelegt wird.“⁶⁹

5. Fazit

Das Ziel einer strategischen Partnerschaft der NATO und Russland scheint vorerst gescheitert und der ordnungspolitische Konflikt unüberbrückbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass ihren Beziehungen eine längere Phase relativer Instabilität und Spannungen bevorsteht.

Die östlichen NATO-Staaten fordern von ihren Bündnispartnern mehr Sicherheit. Die unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“ des Readiness Action Plans zur „kollektiven Verteidigung“ sollen den Partnern etwa durch mehr Übungen und eine verstärkte Luftraumüberwachung signalisieren, dass sie sich auf das Beistandsversprechen der NATO verlassen können. Im Zuge der Anpassung hat die Allianz ihre Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit, insbesondere durch die neue schnelle Eingreiftruppe VJTF, den Aufbau der NA-

TO-Aufnahmestäbe (Force Integration Units) sowie zu deren Unterstützung die Vorpositionierung militärischen Equipments in Osteuropa erhöht. Das, was die NATO als „defensive Bündnisverteidigung“ beschreibt, wird von Seiten Moskaus aber als Provokation aufgefasst.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik stellte im September 2015 drei Entwicklungsszenarien vor, wobei selbst das „optimistischste“ davon von anhaltenden Rivalitäten ausgeht. Ferner rechnet die Denkfabrik damit, der NATO-Gipfel 2016 in Warschau könnte sogar „die Konfrontation mit Russland vorübergehend verschärfen.“⁷⁰ Auf diesem solle nämlich der Abschluss der in Wales lancierten strategischen Neuausrichtung des Bündnisses verkündet werden. Außerdem sollen kritische Themen wie zum Beispiel die Erweiterung der Allianz oder Fortschritte bei der Raketenabwehr auf die Tagesordnung kommen.⁷¹

Richtungsweisend wird deshalb unter anderem sein, ob die NATO trotz unterschiedlicher Positionen ihrer Mitglieder ihre Geschlossenheit wahren kann. Zwar wird das Vorgehen Moskaus von allen Mitgliedstaaten vehement kritisiert, doch bestehen auch unterschiedliche Ansichten über eine mögliche „Sicherheitsbedrohung von russischer Seite“. Aus diesem Grund gehen auch die Meinungen innerhalb der NATO auseinander, wie weit die militärische Anpassung des Bündnisses gehen und wie stark sie sich auf den Osten richten soll. So lehnen vor allem die osteuropäischen Staaten der Allianz einen Dialog mit Moskau weitgehend ab, während andere die Gesprächskanäle nutzen wollen. Allerdings offenbarte der Ende April 2016 unternommene Versuch, den NATO-Russland-Rat wiederzubeleben, lediglich, wie tief die Gräben zwischen beiden Akteuren geworden sind.

Es scheint unumgänglich, dass das transatlantische Bündnis und Russland wieder miteinander in einen Dialog treten. Die Wiederaufnahme institutionalisierter Beziehungen ist der erste Schritt zur Lösung des Konflikts. Aber noch schwerer wiegen der massive Vertrauensverlust und die Wiederbelebung traditioneller Bedrohungsvorstellungen auf beiden Seiten, von denen man sich 26 Jahre nach Ende des Kalten Krieges langsam verabschieden sollte.

Dieser Text ist eine stark gekürzte und leicht aktualisierte Fassung, die in der Langversion, in der vor allem zahlreiche Manöver ausführlich beschrieben werden, als gleichnamige IMI-Studie nachgelesen werden kann.



NATO-Manöver Trident Juncture. Quelle: Flickr/NATO